

GÖPPINGEN

Hohenstaufenstadt

GEPPPO**Der Stadtbote****Amtsblatt der Stadt Göppingen**

Oberbürgermeister Guido Till, Nils Hoheußle und Kulturagentin Kerstin Schaefer (von rechts) mit Vertreter/-innen der beteiligten Schulen sowie Gabriele Grenz, Leiterin des Referats Schulen, und Wolfram Hosch, Leiter des Fachbereichs Kultur. Foto: Hinrichsen

OB Till: „Bildung ist untrennbar mit Kultur verbunden“

Kulturagentin unterstützt vier Schulen

■ Seit Herbst 2015 läuft das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ in Göppingen. Oberbürgermeister Guido Till empfing Kulturagentin Kerstin Schaefer und Vertreter/-innen der vier beteiligten Schulen vergangene Woche im Rathaus.

Nach dem Motto „Kultur beflügelt“ fand die Vorstellung des Projekts und der Ausgestaltung an den Göppinger Schulen statt. Oberbürgermeister Guido Till erläuterte den hohen Stellenwert der Bildung für die Nachkriegspolitik der Hohenstaufenstadt: „Bildung ist das A und O!“ Dass Bildung untrennbar mit Kultur verbunden sei, zeige die Betei-

gung der Grundschule Holzheim sowie des Freihof-, des Hohenstaufen- und des Werner-Heisenberg-Gymnasiums am Kulturagentenprogramm. Hinzu komme das Mörike-Gymnasium als offizielle „Kultur-Schule“. Aber auch die Museumspädagogik in den städtischen Museen und in der Kunsthalle oder die Programmgestaltung der diesjährigen Altenehrerung allein durch das Freihof-Gymnasium zeige, welche Bedeutung die kulturelle Bildung und Betätigung in Göppingen habe.

Das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ der Kulturstiftung des Bundes und der Stiftung Mercator (Essen) wurde in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zum Schuljahr 2015/16 in Baden-Württemberg mit zehn Schulnetzwerken – eines davon in Göppingen – zu je drei bis vier Schulen zum zweiten Mal aufgelegt. Die Laufzeit des Programms endet mit dem Schuljahr 2018/19. Träger des Programms in Baden-Württemberg ist die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. Die Stadt

-> weiter auf Seite 2

INHALTSÜBERSICHT

Haushaltsanträge	2-4	Kunsthalle	7+8
Altenehrerung	5	Volkshochschule	8-10
Heiliger Morgen	6	Kultur	10-12
Nach Sonneberg	6	Termine	10-12
Bücherschrank	6	Stadtbezirke	12+13
Fairtrade	7	Bekanntmachung	15+16
Bürgerhaus	7	Standesamt	16

Bartenbach
Bezgenriet
Holzheim
Jebenhausen
Hohenstaufen
Maitis
Faurndau

www.goeppingen.de

Fortsetzung von Titelseite:

beteiligt sich an dem Projekt mit jährlich 10.000 Euro und stellt der Kulturagentin ein eigenes Büro in der Pfarrstraße.

In Göppingen nimmt Kerstin Schaefer, Bildende Künstlerin, die Aufgaben der Kulturagentin wahr. Zusammen mit Nils Hoheußle, Leiter des Landesbüros „Kulturagentenprogramm“ der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung BW, erklärte sie die Zielsetzung: Kunst und Kultur in den Unterrichtsalltag miteinzubeziehen sowie eine bessere Vernetzung der Schulen und der Kultureinrichtungen vor Ort in Zusammenarbeit mit Künstlern und Kreativen durch die Verwirklichung von Kunstprojekten.

Für das Freihof-Gymnasium berichtete die Kulturbeauftragte Susanne Rehm unter anderem von der Gestaltung von Sandsteinskulpturen in Kooperation mit einem

externen Künstler in den Werkstätten der Volkshochschule. Außerdem sollen ein Comic zur Stadtgeschichte und ein Schulsong, eine Art Hymne für die Schule, entstehen. Die Grundschule Holzheim arbeitet eng mit der Kunsthalle zusammen, berichtete Kulturbeauftragte Gerdi Putz. So besuchten alle 120 Schüler/-innen die Kunsthalle und arbeiteten vor Ort mit dem Künstler der damals aktuellen Ausstellung. Kinder einen Rahmen zu geben und zu kultureller Betätigung zu ermutigen, ist für beide eine wichtige Aufgabe: „Kreativität schafft Mut“ fasste Rehm zusammen.

Am Hohenstaufen-Gymnasium, so Kulturbeauftragter Thomas Sperling, wurde ein HoGy-Film gedreht und parallel dazu ein klassenübergreifender Drehbuchworkshop angeboten, zusammen mit dem Profi Timo Gößler, einem Absolventen des HoGy, der mittlerweile in

Babelsberg an der Filmuniversität lehrt. Kulturbeauftragte Kathrin Leiber-Janßen vom Werner-Heisenberg-Gymnasium schließlich berichtete vom Anfertigen von „Upcycling“-Designsitzgelegenheiten aus gebrauchten Skateboards und vom bilingualen Zeichenprojekt „Licht – Schatten – Stift – Zeichnerische Experimente“.

Alle vier Schulen hatten zunächst einen Kulturfahrplan für ihre jeweilige Einrichtung erarbeitet. Ausgehend von einer Standortbestimmung wurden Visionen sowie die konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung derselben entwickelt. Alle Schulen legten dabei großen Wert auf die Einbindung möglichst vieler Lehrkräfte und vor allem der Schüler/-innen. Sie dürfen künftig ein Schild an der Schule befestigen, das sie ausdrücklich als Teilnehmerin am Programm der Kulturagenten ausweist.

Fraktionen setzen Akzente im städtischen Haushalt

■ In gut sechseinhalb Stunden behandelte der Gemeinderat vergangenen Donnerstag 168 Anträge der sechs Fraktionen zum städtischen Haushalt 2017. Eine Senkung der Grundsteuer wurde ebenso abgelehnt wie eine Senkung der Gewerbesteuer; dafür wurden unter anderem die Mittel für den Straßenunterhalt verdoppelt.

Zunächst erläuterte Kämmerer Rudolf Hollnaicher die Veränderungen seit Einbringung des Etatentwurfs unter anderem auf Grund des inzwischen vorliegenden Haushaltserlasses des Landes. Demnach sinkt der Anteil der Stadt Göppingen an der Einkommenssteuer gegenüber der Planung für 2017 um 450.000 Euro, andererseits erhöhen sich die Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz um 3,2 Millionen Euro. Die Kreisumlage wird nach den Planungen des Landkreises für Göppingen um 270.000 Euro höher ausfallen als veranschlagt; dennoch verbessert sich der Ergebnishaushalt insgesamt um fast 2,3 Millionen Euro gegenüber der bisherigen Planung – nunmehr wird mit einem Überschuss in 2017 von fast sechs Millionen Euro gerechnet. Sollten die liquiden Mittel der Hohenstaufenstadt im Jahr 2020 ursprünglich bei 5,8 Millionen Euro liegen, so dürften es nunmehr 13,7 Millionen Euro werden.

Anträge der Fraktionen

Bis Ende März soll die Verwaltung auf Antrag der Freien Wähler Göppingen (FWG) einen Entwurf von Compliance-Regeln zur Vermeidung von Korruption vorlegen, den Antrag der Linken und Piraten (LiPi) auf Beitritt zu Transparency International Deutschland e. V. lehnte das Gremium aber mit großer Mehrheit ab. Zugestimmt wurde dem SPD-Antrag zur Durchführung einer Klausurtagung,

um Kommunikationsstörungen in GR-Sitzungen zu beheben. Mit 17 zu fünf Stimmen abgelehnt wurde der LiPi-Antrag auf Übertragung von Gemeinderatsitzungen im Internet, ebenso wie die online-Veröffentlichung von GR- und Ausschussprotokollen. Auch die von LiPi beantragte namentliche Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens wurde bei nur drei Ja-Stimmen deutlich abgelehnt, da namentliche Abstimmungen laut Gemeindeordnung die Ausnahme sind. Ebenfalls keinen Erfolg hatte der LiPi-Vorstoß, durch einen Schriftwechsel bis zu 30 Prozent Toner einzusparen. Eine von LiPi beantragte Verschlüsselung von E-Mails nach dem Standard PGP wird geprüft; den Vorstoß nach kostenlosem WLAN in allen städtischen Gebäuden zog die Fraktion zurück, nachdem Oberbürgermeister Guido Till ein flächendeckendes freies WLAN als Ziel der nächsten zwei Jahre angekündigt hatte.

Zunächst vier und dann zwei von LiPi beantragte zusätzliche Vollzeitstellen beim Gemeindevollzugsdienst lehnte das Gremium mit 18 zu zwölf Stimmen bei fünf Enthaltungen ab; dem SPD-Antrag nach einer Bufdi-Stelle im Haus der Jugend folgte der Gemeinderat einstimmig. Die von LiPi geforderten Stellen für Standesamt und Bürgerbüro sollen geprüft werden; zwei ebenfalls von LiPi beantragte feste Stellen im Sprachenbereich der Volkshochschule wurde bei sechs Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt, da die Verwaltung zugesichert hatte, je nach Bedarf bei Integrations- und Sprachkurse entsprechend zu reagieren. Außerdem wurden in diesem Jahr bereits zwei Stellen geschaffen, eine zusätzliche halbe Stelle ist für 2017 ohnehin vorgesehen. Mit der Senkung der Grundsteuer von 370 auf 350 Punkte wollte die LiPi-Fraktion vor allem Familien und ältere Menschen entlasten. Den sozialen Hintergrund bei

„der steuerlichen Entlastung großer Villen mit großen Grundstücken“ (SPD-Fraktionsvorsitzender Armin Roos) konnte die Mehrheit des Gremiums allerdings nicht erkennen, bei drei Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen wurde der Antrag abgelehnt. Die von der FDP+FW beantragte Senkung der Gewerbesteuer von 365 auf 350 Prozentpunkte lehnte das Gremium bei fünf Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen ab – Kontinuität und Zuverlässigkeit der Steuersätze waren den Mitgliedern wichtig. Mit 20 zu acht Stimmen bei sechs Enthaltungen wurde die von LiPi beantragte generelle Aussetzung einer, je nach Fall möglichen, halbjährlichen Wiederbesetzungssperre bei frei werdenden Personalstellen abgelehnt.

Auf Antrag der CDU werden die Termine für Eheschließungen beim Standesamt Göppingen ausgeweitet; die von den Grünen beantragten Willkommensgutscheine für Neugeborene und ihre Eltern wurden einstimmig beschlossen. Einen von der SPD angeregten Bericht über (Ruhestörungs-)Brennpunkte in Göppingen wird die Verwaltung im ersten Halbjahr 2017 vorlegen. Ausführlicher diskutiert wurde über die von den Grünen gewünschte nächtliche Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Stundenkilometer in der Ortsdurchfahrt von Jebenhausen als Maßnahme zum Lärmschutz – mit 17 zu zwölf Stimmen bei drei Enthaltungen wurde sie abgelehnt. Die von der CDU aus Sicherheitsgründen vorgeschlagene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Faurndauer Beckstraße vom Kreisverkehr bis zum Pflegeheim wurde hingegen mit 23 zu drei Stimmen bei neun Enthaltungen angenommen. Die SPD beantragte einen weiteren Zuschuss von 20.000 Euro für das Tierheim; da im Haushaltsplan aber ohnehin ein um 33.000 Euro erhöhter Betrag von 55.000 Euro vorgesehen ist, zogen die Sozial-